



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/VIII/286 - 9.12.53

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039890

Vertaner Riesenaufwand	S. 1
Um die Nachfolge Vincent auriols	S. 3
Sorgen der "Moralischen Aufrüstung"	S. 5
Stoßseufzer aus Unternehmerkreisen	S. 6

Durchschaute Freundschafts-Maskerade

MZ - Berlin

Nichts haben die Sowjets in diesen Tagen, die der Vorbereitung auf die Berliner Vierer-Konferenz gelten, nötiger, als Beweise für den Erfolg ihrer bisherigen Bemühungen um die Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone. Unter solcher Perspektive muß auch der Riesenaufwand gesehen werden, der in diesem Jahre mit dem "Monat der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft" getrieben worden ist, obwohl doch gerade die am 17. Juni vom ganzen Volk dem sowjetischen Regime erteilte Antwort das Nichtbestehen dieser "deutsch-sowjetischen Freundschaft" gezeigt hat. Als dieser Tage der Generalsekretär der "Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft", Grünberg, in seinem Rückblick auf den Freundschaftsmonat von einer "machtvollen Manifestation der Freundschaft" und einer "Abfuhr" sprach, die das Sowjetzonenvolk mit der Festigung der Freundschaft zur Sowjetunion den Feinden des deutschen Volkes gegeben habe, war klar, daß diese Erfolgsbilanz, deren Lügenhaftigkeit von allen Sowjetzoneneinwohnern durchschaut wird, nur als Legitimierung der bisherigen sowjetzonalen Entwicklung vor dem Forum der bevorstehenden Vierer-Konferenz gedacht war.

Moskau hatte keine Anstrengung gescheut, den Volksaufstand vom Juni vergessen zu machen. Noch in keinem Jahre vorher sind so viele "Freunde aus der Sowjetunion", Arbeiter, Wissenschaftler

und Künstler, nach der Sowjetzone geschickt worden wie diesmal. So konnte "General" Grünberg in seinem Rechenschaftsbericht in einem Zahlenrausch schwelgen und z.B. stolz verkünden, daß allein der "Staatliche Chor des russischen Liedes" aus Moskau während des Freundschaftsmonats in der Zone eine Reiseroute von über 3000 km hinter sich gebracht hat...

Die Kulisse des offiziellen Zahlenrausches diente als Nachweis für die "ideologische Wandlung in den Reihen der Werktätigen": 70000 neue Mitglieder für die DSF - 40000 Selbstverpflichtungen zu Ehren der deutsch-sowjetischen Freundschaft - Millionen Besucher der DSF-Veranstaltungen usw. Wer von den Nichteingeweihten sollte da noch an der "Freundschaft" zweifeln! Bei der Eröffnung des "Freundschaftsmonats" war offiziell die Forderung erhoben worden, in diesem Jahr müsse "mit der deklarierten Freundschaft Schluß gemacht und zur Freundschaft der Tat übergegangen werden", eine Phrase, die das unfreiwillige Eingeständnis des Fehlschlagens aller bisherigen Bemühungen enthält.

So sehr sich auch die einzelnen Erfolgczahlen überschlagen, sie können bei der Bevölkerung nicht das Wissen über den totalen Zusammenbruch der DSF auslöschen. Wohlweislich wagte man es nach Abschluß des diesjährigen "Freundschaftsmonats" nicht, die Mitgliederzahl bekanntzugeben. Nur der Hinweis auf 70000 Neueintritte sollte die Stärke dokumentieren. Daß aber nach dem 17. Juni ein Drittel der etwa drei Millionen Mitglieder, also über 600000, demonstrativ ausgetreten sind und von den Restmitgliedern nur knapp 30 Prozent noch die Beiträge entrichtet haben, wird verschwiegen. Wie kläglich nimmt sich gegenüber diesen 600000 Austritten die Zahl der 70000 Zwangseintritte aus. Und wie diese 70000 Neueintritte zustande gekommen sind, zeigen die im September erlassenen neuen vertraulichen Richtlinien für die Werbung: In den Betrieben sollten die Werktätigen dadurch zu DSF-Mitgliedern gemacht werden, daß man ihnen bei Nichteintritt mit der Entlassung drohte, wobei die Werbung in Gegenwart des jeweiligen Betriebs- oder Kaderleiters individuell durchzuführen war.

Wagte man in den Vorjahren noch angesichts damaliger Fehlschläge von "Freundschaftsmonaten" im offiziellen Abschlußbericht neben den "Erfolgczahlen" das organisatorische Versagen z.B. des FDGB und der FDJ selbstkritisch zuzugeben, so hüllte man in diesem Jahr den Mantel des Schweigens über die eindeutige Antwort, die die Angebote bei der Masse der Arbeiter erhalten haben. Kein Wort z.B. darüber, daß die Arbeiter in zahlreichen Betrieben durch Androhung von Streik die DSF-Veranstalter vom Werkgelände jagten und daß nachts die DSF-Plakate an den Litfaßsäulen in vielen Städten unter Voposchutz gestellt werden mußten.

17. Dezember: Präsidentschaftswahl

G.S.-Paris, Mitte Dez.

Alle innen- und außenpolitischen Ereignisse können nicht verhindern, daß die französischen Politiker, daß alle Abgeordneten nur an ein Ereignis denken: An die Wahl des Präsidenten der Republik, die am 17. Dezember erfolgt. An diesem Tage werden die Abgeordneten der Nationalversammlung und des "Rates der Republik" (Senat) in Versailles zum Parlamentskongreß zusammentreten und in geheimer Wahl bei absoluter Mehrheit die Wahl des Mannes vornehmen, der sieben Jahre lang der "Hüter der Verfassung" sein wird.

Der jetzt fast 70 Jahre alte Vincent Auriol hat als erster in der langen Reihe der Präsidenten der Republik aus diesem höchsten Staatsamt mehr gemacht als nur eine dekorative Funktion, die für fast alle seine Vorgänger fast ausschließlich darin bestand, formell den Ministerrat zu leiten und bei allen möglichen offiziellen Veranstaltungen mehr oder minder banale Ansprachen zu halten. Vincent Auriol wirkte direkt auf die französische Politik ein, übte - wenn notwendig - einen Druck auf die Regierung aus und war mitbestimmend in allen wesentlichen Fragen der französischen Politik. Er hatte sich in geduldiger Arbeit eine Position erobert, die mehr der des Präsidenten der Vereinigten Staaten als der eines nur dekorativen Würdenträgers glich.

Sein Nachfolger kann deshalb in keinem Falle wieder zu den "bewährten Traditionen" zurückkehren. Woher aber eine solche Persönlichkeit, die bei allen Parteien unbestritten war, nehmen? Mit dem Abgang des Kammerpräsidenten Horriot ist die Lage noch undurchdringlicher geworden. Er wäre ein ernsthafter Kandidat gewesen und hätte wahrscheinlich - wegen seiner Ablehnung des EWG-Vertrages - sogar auf die Stimmen der Kommunisten rechnen können.

Die "offiziösen" Kandidaten ragen kaum über das Mittelmaß hinaus. Über Ministerpräsident Laniel (Kandidat) ist nur soviel zu sagen, daß seine bisherige Amtsführung ihn kaum dazu qualifiziert, in der Weise wie Vincent Auriol die Amtsgeschäfte der Präsidentschaft zu führen; er nimmt zu keinem Problem wirklich entschiedene Stellung und ist (wie in seiner Textilfabrik) den Einflüssen jener "Manager" ausgesetzt, die beauftragt sind, an seiner Stelle Ideen zu haben. Aber er ist - weil eventuell alle konservativen Abgeordneten für ihn stimmen werden - ein

aussichtsreicher Kandidat.

Es gibt noch andere konservative Kandidaten, wie den Minister für öffentliche Arbeiten, Chastollain, der vielleicht davon profitieren könnte, daß der Konservative Pinay (nicht Kandidat) Herrn Laniel nicht mag. Und es gibt zahlreiche radikale Kandidaten, die im Grunde auch Konservative sind: So der frühere Ministerpräsident Yvon Delbos und der Radikale Henri Queuille, der seit Jahrzehnten in jeder Regierung auf den verschiedensten Posten vertreten ist. Sollte Henri Queuille gewählt werden, so würde das in Frankreich als symbolisch betrachtet werden. Er ist der Schöpfer des Wortes "Immobilismus", jener Geisteshaltung, die dem "guten Durchschnittsfranzosen" eigen ist: "Nur nichts radikal ändern, die Dinge werden auch ohne besondere 'Aufregung' ihren normalen Gang nehmen". Seine Wahl würde insbesondere bei der französischen Jugend als Ausdruck der Tatsache betrachtet werden, daß die "greisenhafte Republik" den Weg der "Dekadenz" bis zu einem vielleicht bitteren Ende beschreiten soll.

Daran würde sich auch nichts ändern, sollten Außenseiter wie der Präsident des Senats, Monnerville oder der unscheinbare Kultusminister Cornu (beide Kandidaten) gewählt werden. Das gleiche trifft für den radikalen Bürgermeister von Nizza, Medecin, zu, der eine eifrige persönliche Kampagne betreibt und allen erklärt, er sei Gegner der EVG. Wenn dieses Problem bei der Wahl eine Rolle spielen sollte, so dürfte sogar der (bisher offiziöse) Kandidat, der Sozialist Édmond Naegelen, Aussichten haben, der indes in seiner eigenen Partei umso geringere Sympathien hat, als er, als früherer Generalgouverneur von Algerien dort eine Politik betrieb, die ihm die Sympathien aller Konservativen und Reaktionäre einbrachte. Aber er ist Gegner des EVG-Vertrages und zählt auf die Stimmen aller EVG-Gegner; er ist Elsässer und rechnet auf das Wohlwollen der elsässischen Abgeordneten. Und, wie gesagt, sogar die Gaullisten könnten für ihn stimmen.

Mit dem Abgang Herrriets ist noch der Posten des Präsidenten der Nationalversammlung frei geworden, für den zahlreiche Kandidaten vorhanden sind. Und es ist bereits die Rede davon, daß zwischen den katholischen Volkerepublikanern, den konservativen "Unabhängigen" und den Radikalen ein Kuhhandel um die "gerechte" Verteilung dieser drei Ämter erfolgen soll: Ministerpräsident (die Regierung tritt nach der Präsidentschaftswahl zurück), Kammerpräsident und Präsident der Republik.

Das ist möglich, macht aber Überraschungen umso wahrscheinlicher, denn die Abgeordneten, die bei der Präsidentschaftswahl geheim abstimmen, werden vielleicht diesmal geneigt sein, ihren Chefs nicht zu folgen. Darin liegt natürlich ein Überraschungselement einer "Wahlkampagne", die in recht unwürdiger Weise erfolgt, in der jeder erdenkliche Kuhhandel Trumpf ist und an dem die französische Bevölkerung nur in sehr mäßiger Weise Anteil nimmt.

+ + +

Caux ist in Geldnot

f. Die Gelder fließen nicht mehr so, wie es Frank Buchman seit langen Jahren gewohnt war, die Bewegung der "Moralischen Aufrüstung", die nach dem zweiten Weltkrieg in Europa und vor allem auch in Deutschland einen Wirbel von Propagandaveranstaltungen verursachte, muß kurz treten. Das ist bitter für sie und für viele von den verantwortlichen Männern und Frauen, die freilich selbst bisher kaum etwas von der Not und dem Elend verspürt haben, mit dem sie in ihren meist bombastischen Kundgebungen, Aufführungen und Voranstaltungen aller Art in den deutschen Städten und in vielen anderen Ländern, vor allem aber in Caux in der Schweiz und in den Vereinigten Staaten wirken wollten.

Niemals ist es klar geworden, woher die Mittel für den ungeheuren Aufwand kamen, den die "Moralische Aufrüstung" trieb, und Buchman selbst und alle seine Anhänger sind stets direkten Fragen ausgewichen. Man sagte, daß alle, die zu diesem Kreis stießen, alles opferten, was sie besaßen. Nun, wir haben niemals den Eindruck gewinnen können, daß diese Männer und Frauen wie die Mönche und die Nonnen lebten. In härenen Gewändern gingen sie nicht. Zwar haben deutsche Landesregierungen und manche Stadtverwaltung Gebete zum Himmel gesandt, er möge sie von den Freunden erlösen, die den Begriff der Gastfreundschaft sehr weitherzig auszulegen verstanden. Aber das konnte nicht erklären, woher die Millionen kamen, die verbraucht wurden.

Sie werden nicht mehr oder nicht mehr so reichlich fließen. Man sieht sich also nach neuen Geldquellen um, sowie sich auch gewisse Interessentenorganisationen nach diesen eifrigen, fanatischen Propagandisten umsehen: Vielleicht kann man sie verwenden, diese Mystiker

zwischen Wunschtraum und Wirklichkeit.

Frank Buchman aber, der 1878 in den Vereinigten Staaten geborene Begründer und langjährige Leiter der sogenannten "Oxford-Bewegung", die sich seit 1939 Bewegung für Moralische Aufrüstung nennt, Frank Buchman, der Liberalist war und Anhänger Adolf Hitlers wurde (mit dem er sich photographieren ließ), der Musterdemokrat sein wollte, der wie ein Sektiererheiland lebte und verehrt wurde, der das Geld misachtete und nicht wonig davon verbrauchte - er ist seit geraumer Zeit irgendwo, nur nicht in der Öffentlichkeit. Er sei krank, so wird man in Kürze hören. Er sei aber einer der bisher Verantwortlichen, so hörten wir, deren Tun und Lassen aufgehellt zu werden verdient.

Was wird aus Gaux? Was wird aus den beiden Luxushotels dort? Was wird aus den "Weltkonferenzen", auf denen viel geredet, gesungen und getanzt wurde und deren Nebelschwaden dennoch nur kurz über den Menschen hingen, die auch im Trubel der ständigen Freuden, der echten und der eingebildeten, nicht aus den Bindungen des Tages frei wurden - nicht auf solche Weise jedenfalls. Kirchen und Gewerkschaften, politische Parteien (diese indes mit Unterschieden!) und Gemeinschaften aller Art, in denen denkende Menschen arbeiteten, haben längst dafür gesorgt, daß es Licht wurde über dem Durcheinander rüstungswütiger Moralisten, die im Gewande der Sozialethiker daherkamen.

+ + +

Sie müssen es ja wissen

Unternehmer unter sich

In einem Informationsdienst, der von Unternehmern für Unternehmer geschrieben wird und sich in der Bekämpfung der Gewerkschaften, oft auch in ungeschlichen Gehässigkeiten nicht gern überbieten läßt, war am 5. Dezember 1953 folgendes zu lesen:

"Einige Koalitionsparteien verfügten für ihren Parteiapparat drakonische Einsparungsmaßnahmen. Die Ausgabenkontrolle wurde ganz erheblich verschärft, nicht ohne Grund ...

Eine Koalitionspartei sieht sich in ihren Landesverbänden Niedersachsen und Hessen besonders stattlichen finanziellen

Verpflichtungen gegenüber. Eine andere muß eine Schuldenlast von etwa 400.000,-- M abdecken, die durch eine etwas zu großzügige Wahlpropaganda entstand.

Die Ebbe in den Parteikassen wurde mir in vertraulichen Gesprächen einerseits als Folge der Einstellung freiwilliger Spenden und Hilfsmaßnahmen solcher Parteifreunde erklärt, deren Besorgnisse durch den Wahlausgang vom 6.9. einem übertriebenen Optimismus wichen; andererseits beobachtete ich auf den letzten großen Tagungen unserer Verbände aber auch eine echte Unzufriedenheit vieler Wirtschaftler über die nicht immer klare Haltung der einen oder anderen Koalitionspartei; z.B. Zurückweichen vor einer 'Grünen Front' innerhalb der Parteien.

Aber auch Menschliches, Allzumenschliches spielt eine nicht geringe Rolle: Persönliches Versagen einiger bisheriger Repräsentanten (bei Auslandsreisen steht jede offizielle Persönlichkeit auch auf dem Montmartre noch im Blickpunkt der Öffentlichkeit..), das zum Teil überspitzte Funktionärswesen, die allzu starre Bindung der Abgeordneten an die Parteilinie.

Ich hoffe, daß diese verbreitete Kritik als echte Mahnung empfunden und nicht überhört wird ..."

Das schrieb Curt L. Schmitt, der aktive Ratgeber der deutschen Unternehmer über sozialreaktionäres Verhalten. Er muß es wissen, wie es in den Kassen der Parteien aussieht, die "eine etwas zu großzügige Wahlpropaganda" betrieben haben, denn er hat für diese Kassen und Parteien Erklockliches an Werbung und Aufmunterung getan. Und nun ist der Optimismus übertrieben und man ist unzufrieden. Pech!

+ + +